



DIE ARBEIT DER LANDESGRUPPE BRANDENBURG DER CDU/CSU-FRAKTION IM DEUTSCHEN BUNDESTAG



Die Abgeordneten von l. n. r.: Sebastian Steineke, Martin Patzelt, Jens Koeppen | Stellvertretender Vorsitzender, Uwe Feiler, Michael Stübgen | Vorsitzender, Hans-Georg von der Marwitz, Katherina Reiche, Dr. Klaus-Peter Schulze, Jana Schimke

BERICHT DES VORSITZENDEN DER LANDESGRUPPE,
HERRN MICHAEL STÜBGEN, MDB,
FÜR DEN 29. PARTEITAG DER CDU BRANDENBURG
AM 21. JUNI 2014 IN POTSDAM

Berlin, den 19. Juni 2014

Sehr geehrte Damen und Herren Delegierte, liebe Freunde,

nachdem der 22. September 2013 mit einem historischen Bundestagswahlergebnis für die CDU Brandenburg in die Geschichtsbücher eingegangen ist, wollen wir nun gemeinsam dafür kämpfen, dass dem 14. September 2014 ähnliches wiederfährt.

Wir als Märkische Union sind gut aufgestellt. Mit den für uns sehr erfolgreichen Kommunal- und Europawahlen können wir selbstbewusst und voller Zuversicht in den anstehenden Landtagswahlkampf gehen. Unser Ziel ist es, die rot-rote Pannenregierung abzulösen.

Um dieses Ziel zu erreichen, brauchen wir die Unterstützung aller Mitglieder, Freunde und Sympathisanten der Union. Nach den zahlreichen Wahlkämpfen der vergangenen Monate wird es darauf ankommen, nochmals alle Kräfte zu mobilisieren, um die Bürgerinnen und Bürger davon zu überzeugen, dass es nur mit der Union eine verlässliche und zukunftsorientierte Politik zum Wohle unseres Landes Brandenburg geben kann.

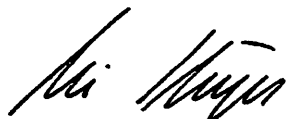
Wir Mitglieder der Landesgruppe Brandenburg der CDU/CSU-Bundestagsfraktion werden unseren Beitrag für einen erfolgreichen Wahlkampf leisten.

In unserem heutigen Arbeitsbericht erhalten Sie eine erste kurze Zusammenfassung der Arbeit unserer neun Mitglieder der Landesgruppe in ihren jeweiligen Aufgabengebieten. Wir sind thematisch breit aufgestellt, wodurch wir sowohl in der täglichen inhaltlichen Arbeit als auch in der Außendarstellung erheblich an Quantität und an Qualität gewonnen haben.

Nach den langwierigen und schwierigen Koalitionsverhandlungen mit der SPD haben wir in den vergangenen Wochen mehrere zentrale Vorhaben aus dem Koalitionsvertrag umgesetzt. Wie erwartet zeigt sich, dass es mit der SPD kein leichtes Regieren ist. Ob bei der Rente oder beim Mindestlohn, es bedarf stets harter Verhandlungen, um Änderungen bei den ideologisch geprägten Gesetzentwürfen unseres Koalitionspartners durchzusetzen. Änderungen, die zwingend notwendig sind, damit Deutschland auch künftig auf Erfolgskurs bleibt.

Ich wünsche uns allen einen erfolgreichen Parteitag, der ein weiteres Signal der Geschlossenheit setzt und unseren politischen Mitbewerbern zeigt, dass mit der Union bei der Landtagswahl zu rechnen ist.

Mit freundlichen Grüßen
Ihr



Michael Stübgen, MdB
Landesgruppenvorsitzender

Michael Stübgen
Vorsitzender der Landesgruppe

Direkt gewählter Bundestagsabgeordneter im Wahlkreis 65 – Elbe-Elster/
Oberspreewald-Lausitz II



Michael Stübgen MdB

- Vorsitzender der Arbeitsgruppe Europa und europapolitischer Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion
- Stellv. Mitglied im Haushaltsausschuss
- Vorsitzender der Deutsch-Ungarischen Parlamentariergruppe
- Mitglied im Gemeinsamen Ausschuss nach Artikel 53 a Grundgesetz
- Mitglied der Deutschen Delegation der Interparlamentarischen Konferenz für die wirtschaftliche und finanzielle Steuerung der Europäischen Union
- Stellv. Mitglied des Sondergremiums gemäß § 3 Abs. 3 StabMechG und § 6 Absatz 2 ESMFinG

Sehr geehrte Damen und Herren Delegierte,

auch in dieser Legislaturperiode habe ich das Vertrauen unserer Bundestagsfraktion erhalten, als europolitischer Sprecher und Vorsitzender der Arbeitsgruppe Europa der CDU/CSU-Bundestagsfraktion maßgeblich die Europapolitik unserer Fraktion mitzubestimmen.

Europa steht vor großen Herausforderungen, denen wir uns stellen müssen. Die Krise in der Ukraine macht uns 100 Jahre nach dem Beginn des 1. Weltkrieges deutlich, dass wir uns Tag für Tag für den Frieden in Europa aber auch in der Welt einsetzen müssen. Längst überwunden geglaubte Gräben sind wieder aufgebrochen und die Diplomatie läuft auf Hochtouren, um diese wieder zu schließen.

Die Ukraine-Krise macht deutlich, dass wir in Europa eine starke gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik brauchen, gerade um auf unseren Kontinent aber auch in der neuen Weltordnung bestehen zu können.

Wir stehen zudem vor gewaltigen globalen Herausforderungen, wie uns die Wirtschafts- und Währungskrise in Europa vor Augen geführt hat. Auch wenn derzeit der Fokus der öffentlichen Berichterstattung nicht darauf gerichtet ist, dürfen wir uns nichts vormachen: Es wird noch Jahre brauchen, damit wir die Krise selbst und deren Folgen überwinden werden.

Es zeigt sich aber deutlich, dass die am stärksten betroffenen Länder begonnen haben, ihre Wettbewerbsfähigkeit durch tiefgreifende Strukturreformen wiederherzustellen. So ist es ein großer Erfolg, dass zuerst Irland, danach Spanien und zuletzt Portugal den Rettungsschirm verlassen haben und an die

Kapitalmärkte zurückgekehrt sind. Erste positive Signale sind auch in Griechenland zu verzeichnen.

Es hat sich gezeigt, dass die in der Krise umgesetzten Maßnahmen, die von einer einzigartigen Solidarität begleitet waren, die richtigen waren. Mit dem Fiskalvertrag, einem verschärften Stabilitäts- und Wachstumspakt und dem sogenannten Europäischen Semester haben wir ein schlagkräftiges System einer neuen haushaltspolitischen Überwachung geschaffen, um die Haushaltsdisziplin in den einzelnen Staaten zu verbessern und gesunde öffentliche Finanzen für die Zukunft sicherzustellen.

Mit der Wachstumsstrategie Europa 2020 haben wir Ziele zur Förderung von Wachstum und Beschäftigung formuliert, mit dem Euro-Plus-Pakt werden Maßnahmen ergriffen, um diese Ziele zu erreichen und mit einem neuen Überwachungsverfahren werden Fehlentwicklungen kontrolliert und gegebenenfalls korrigiert. Das Ganze findet statt in einem einheitlichen Planungs- und Berichtszyklus – dem Europäischen Semester. Dazu haben einen neuen Ordnungsrahmen für die Finanzmärkte geschaffen, um die Fehlentwicklungen der Vergangenheit künftig zu verhindern.

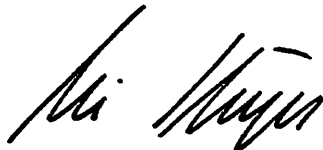
Jetzt gilt es, den eingeschlagenen Weg konsequent und ohne Abstriche fortzuführen.

Daneben gilt es, den eingeschlagenen Reformkurs der Europäischen Union fortzuführen. Die Europawahl hat gezeigt, dass wir die Akzeptanz der Europäischen Union in der Bevölkerung verbessern müssen.

Aus meiner Sicht muss sich die Europäische Union künftig auf wesentliche Bereiche wie Wirtschaft, Handel, Energie, Klima und Umwelt sowie die Außen- und Sicherheitspolitik konzentrieren. In diesen Bereichen brauchen wir eine einheitliche und abgestimmte europäische Politik zur Bewältigung der vor uns liegenden Herausforderungen.

Wir müssen Wachstum generieren, insbesondere um die hohe Arbeitslosigkeit in einigen Mitgliedsstaaten senken zu können. Die Menschen brauchen eine Zukunftsperspektive, die nur in einer starken Europäischen Union liegen kann.

Ihr



Michael Stübgen, MdB
Landesgruppenvorsitzender

Kontakt im Deutschen Bundestag:

Tel: 030/ 227-73007
Fax: 030/ 227-76943
Email: michael.stuebgen@bundestag.de
Homepage: www.stuebgen.de

Jens Koeppen
Stellv. Vorsitzender der Landesgruppe

Direkt gewählter Bundestagsabgeordneter im Wahlkreis 57 – Uckermark/ Barnim I



Jens Koeppen MdB

- Vorsitzender des Ausschusses Digitale Agenda
- Mitglied im Ausschuss für Wirtschaft und Energie
- Stellv. Mitglied im Ausschuss für Verkehr und digitale Infrastruktur
- Mitglied im Ältestenrat
- Obmann der Schriftführer
- Mitglied im PKM-Vorstand und in der AG Handwerk

Sehr geehrte Damen und Herren Delegierte,

seit 2005 vertrete ich den Wahlkreis 57 (Uckermark/ Barnim I) im Deutschen Bundestag – seit der Bundestagswahl am 22.09.2013 mit 39 Prozent der Erststimmen als direkt gewählter Abgeordneter.

Meine Arbeits-Schwerpunkte im Deutschen Bundestag stelle ich Ihnen gern vor:

Mit Beginn dieser Legislaturperiode habe ich den Vorsitz für den neu berufenen **Ausschuss digitale Agenda** übernommen. Mit diesem Ausschuss hat der Deutsche Bundestag zum ersten Mal ein ständiges parlamentarisches Gremium, das sich den aktuellen netzpolitischen Themen widmet.

Die Digitalisierung ist eine atemberaubende gesamtgesellschaftliche Transformation, ein tiefgreifender technischer, sozialer und kultureller Wandlungsprozess, der alle Bereiche unseres Lebens erfasst hat. Netzpolitik ist kein "Nischenthema", daher sollen im Ausschuss digitale Agenda die verschiedenen Aspekte der Digitalisierung und Vernetzung fachübergreifend diskutiert und entscheidende Weichen für den digitalen Wandel gestellt werden.

Im Ausschuss für **Wirtschaft und Energie** bin ich weiterhin Berichterstatter für das Thema Energie.

Die Umgestaltung der Energieversorgung in unserem Land steht weiterhin im Mittelpunkt. Kostenbegrenzung und Akzeptanzsicherung sind Bedingungen für den weiteren Erfolg. Mir ist daher besonders wichtig, dass eine bezahlbare

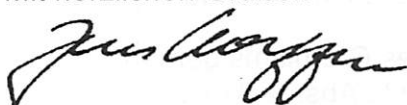
Energieversorgung gemeinsam mit den Menschen in den Regionen gestaltet wird.

Im Bundestagsausschuss für **Verkehr und digitale Infrastruktur** bin ich Berichterstatter für den Bundesverkehrswegeplan für das Land Brandenburg.

Meine 20-jährige Erfahrung als selbstständiger Unternehmer bringe ich im **Vorstand des Parlamentskreises Mittelstand** und in der **Arbeitsgemeinschaft Handwerk** ein.

Darüber hinaus unterstütze ich als **Obmann der Schriftführerinnen und Schriftführer** des Parlaments die Arbeit des Bundestagspräsidenten während der Plenarsitzungen und bin **Mitglied im Ältestenrat** des Deutschen Bundestages.

Mit herzlichen Grüßen



Jens Koeppen



Kontakt im Deutschen Bundestag:

Tel.: 030/ 227-70163
Fax.: 030/ 227-76163
Email: jens.koeppen@bundestag.de



www.jens-koeppen.de



facebook.com/JensKoeppen



twitter.com/JensKoeppen

Uwe Feiler
Mitglied der Landesgruppe

Direkt gewählter Bundestagsabgeordneter im Wahlkreis 58 – Oberhavel/Havelland II



Uwe Feiler MdB

- Mitglied im Finanzausschuss
- Mitglied im Ausschuss für Europäische Angelegenheiten
- Stellv. Mitglied im Innenausschuss
- Mitglied des Gremiums gemäß Paragraph 23c Absatz 8 des Zollfahndungsdienstgesetzes

Sehr geehrte Damen und Herren Delegierte,

entsprechend meiner Mitgliedschaft in den Gremien liegen meine parlamentarischen Schwerpunkte im Deutschen Bundestag im Finanzausschuss, im Ausschuss für Angelegenheiten der Europäischen Union, im Innenausschuss (stellv.) und im Gremium zur Kontrolle der Telekommunikations- und Postüberwachung.

In meiner ersten Rede vor dem Plenum des Bundestages habe ich mich deutlich gegen eine faktische Abschaffung der strafbefreienden Selbstanzeige bei Steuerhinterziehung und für eine Anpassung hinsichtlich der Fristen und der Zinsen ausgesprochen.

Einerseits soll der ehrliche Steuerzahler nicht übervorteilt werden, andererseits ist die Selbstanzeige ein probates Instrument für die öffentlichen Kassen, an die ihnen zustehenden Einnahmen zu kommen und die Finanzämter zu entlasten. Dieser Argumentation folgte auch die Finanzministerkonferenz der Länder mit ihrem Beschluss, an der Selbstanzeige festzuhalten, in einer modifizierten Form und in schärferer Ausgestaltung.

Als direkt gewählter Abgeordneter hat die Vertretung der Bürgerinnen und Bürger meines Wahlkreises in Berlin Top-Priorität. Bei meinen Antrittsgesprächen mit den Bürgermeistern und Amtsdirektoren im Westhavelland und in Oberhavel bestätigten sich eindeutige Schwerpunkte auf den Handlungsfeldern verkehrliche Infrastruktur und Tourismus. Der Wassertourismus hat sich zu einem bedeutenden

Wirtschaftsfaktor entwickelt, der weiter entwickelt, vernetzt und überregional vermarktet werden muss, um insbesondere für den ländlichen Raum nachhaltig positive Impulse zu erzielen.

Ein funktionierender Nahverkehr, ob individuell und per ÖPNV, ist wesentlich für eine gelungene Anbindung an die wirtschaftlichen Zentren des Wahlkreises und wirkt damit dem Veröden des weniger dicht besiedelten Hinterlandes entgegen. Politisch Verantwortliche von Land und Bund müssen hier Hand in Hand arbeiten.

Als Vorsitzender des B96-Beirates arbeite ich daran mit, die Interessen des Landes Oberhavel für die weiteren Planungen zu bündeln und gegenüber dem Land zu vertreten, denn der zügige Ausbau der Fernstraße Berlin-Rügen inklusive notwendiger Ortsumfahrungen ist für die Region unverzichtbar. Dafür sollen die berechtigten Argumente der anliegenden Städte und Gemeinden künftig stärker berücksichtigt werden.


Auf der 7. Beiratssitzung konnte ich über die Fortschritte der Planungen informieren. Der Bund ist bereit, avisierte Projekte für den B 96-Ausbau in den Bundesverkehrswegeplan 2015 aufzunehmen, sofern das Land die Planungen vorbereitet. Entsprechendes hatte mir PStS Katherina Reiche am 20. März brieflich bestätigt. Eine erfreuliche Nachricht insbesondere für die Bürger des aufgrund des Durchgangsverkehrs hoch belasteten Fürstenberg – hier ist die Realisierung der Ortsumgehung mehr als überfällig. Befürwortet wurde auf der Sitzung eine enge Zusammenarbeit mit dem Nachbarkreis Mecklenburgische Seenplatte in Mecklenburg-Vorpommern, insbesondere mit der Stadt Neustrelitz.

Planung und Realisierung der Tank- und Rastanlagen an der A10 West und Nord werde ich weiterhin, im Austausch mit verantwortlichen Behörden und Bürgerinitiativen kritisch begleiten.

Als direkt gewählter Abgeordneter werde ich auch künftig Präsenz zeigen, ein offenes Ohr für die Menschen im Wahlkreis haben und mich für ihre Anliegen und die der Institutionen, Organisationen und Unternehmen in der Region einsetzen.

Mit freundlichen Grüßen

Ihr



Uwe Feiler, MdB

Kontakt im Deutschen Bundestag:

Tel.: 030/ 227-79210
Fax: 030/ 227-76210
Email: uwe.feiler@bundestag.de
Homepage: www.uwe-feiler.de

Hans-Georg von der Marwitz

Mitglied der Landesgruppe

Direkt gewählter Bundestagsabgeordneter im Wahlkreis 59 – Märkisch-Oderland – Barnim II



Hans-Georg von der Marwitz MdB

- im Deutschen Bundestages seit 2009
- Mitglied im Ausschuss für Ernährung und Landwirtschaft
- Stellv. Mitglied im Ausschuss für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung
- Mitarbeit in der Deutsch-Polnischen Parlamentariergruppe und der Deutsch-Rumänischen Parlamentariergruppe
- Mitglied in der AG Kommunalpolitik und im Parlamentskreis Mittelstand der CDU/CSU-Fraktion

Sehr geehrte Damen und Herren Delegierte,

nach den Wahlen ist vor den Wahlen. Das Superwahljahr in Brandenburg hat längst begonnen und nach dem fulminanten Auftakt bei der Bundestagswahl im letzten Jahr steht unsere CDU auch nach den Kommunal- und Europawahlen gut da. Die Zusammenarbeit innerhalb der Landesgruppe der Brandenburger Abgeordneten im Deutschen Bundestag funktioniert ebenfalls ausgezeichnet.

Jeder beackert seine Themengebiete und so können wir Brandenburger auf unterschiedlichen Politikfeldern eigene Akzente setzen.

Mein Steckenpferd bleibt die Landwirtschaft. Im Agrarbereich, der vor allem durch die Gemeinsame Agrarpolitik (GAP) der EU beeinflusst wird, habe ich mich auf die Themen Europa, ländlicher Raum, Ökolandbau und die Grüne Gentechnik spezialisiert. In allen Bereichen führten wir im Deutschen Bundestag in dieser noch jungen Wahlperiode schon spannende Debatten.

So haben wir die nationale Verteilung der Brüsseler Agrarsubventionen geregelt und konnten erstmals eine leichte Umverteilung von den betrieblichen Direktzahlungen hin zur Förderung des ländlichen Raums bewirken. Schon lange habe ich mich intensiv dafür eingesetzt. Zukünftig sollte gerade Brandenburg mit seiner dünnen Betriebsstruktur davon profitieren, wenn statt den Agrarunternehmen Landwirte, Mittelstand und Infrastruktur vor Ort unterstützt werden.

Beim Anbau gentechnisch veränderter Pflanzen hat sich die Union für eine Stärkung der Verbraucherinteressen eingesetzt. Dabei musste ich auch in den eigenen Reihen einige Überzeugungsarbeit leisten. Doch letztlich haben wir die Weichen gestellt, um innerhalb der EU nationale Anbauverbote ohne zusätzliche Hürden durchzusetzen.

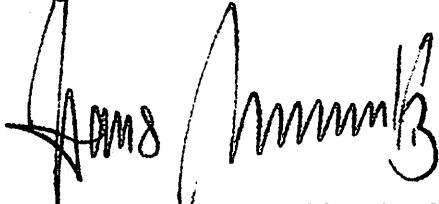
Die Sorgen und Nöte meiner Region bekomme ich besonders zu spüren, wenn es um Fragen der inneren Sicherheit geht.

Die rot-rote Polizeireform führte zu heftigen und anhaltenden Kontroversen entlang der Grenze. Wenn Bürger über eine Stunde auf die Polizei warten müssen, läuft etwas schief. Dass sich dann die Menschen bei zunehmenden Diebstählen selbst in Bürgerstreifen organisieren, ist nachvollziehbar, kann aber nicht im Interesse des Staates liegen.

Im Bereich der Bundespolizei blieben die Handlungsmöglichkeiten überschaubar, trotzdem nutzte ich meine Möglichkeiten, um den Finger in die Wunde zu legen. Ich hoffe, Potsdam hat den Frust in den Oder-Gemeinden verstanden. Allerdings verfestigt sich momentan der Eindruck, dass es sich bei der angekündigten Rücknahme der Polizeireform nur um ein Wahlkampfmanöver handelt. Hier werden wir genau hinsehen, wie sich die Sicherheitslage zukünftig entwickelt.

Für die kommenden Landtagswahlen wünsche ich allen Unterstützern und vor allem den Kandidaten im Wahlkampf viel Erfolg.

Es grüßt Sie herzlich

A handwritten signature in black ink, appearing to read 'Hans-Georg von der Marwitz'. The signature is stylized and cursive.

Hans-Georg von der Marwitz, MdB

Kontakt im Deutschen Bundestag:

Tel.: 030/ 227-71426
Fax.: 030/ 227-76426
Email: hans-georg.vondermarwitz@bundestag.de
Homepage: www.von-der-marwitz-mdb.de

Martin Patzelt
Mitglied der Landesgruppe

Direkt gewählter Bundestagsabgeordneter im Wahlkreis 63 – Frankfurt (Oder) –
Oder-Spree



Martin Patzelt MdB

- Mitglied im Ausschuss für Familie, Senioren, Frauen und Jugend
- Mitglied im Ausschuss für Menschenrechte und humanitäre Hilfe
- Mitglied im Unterausschuss Bürgerschaftliches Engagement

Sehr geehrte Damen und Herren Delegierte,

für den Bereich des **Ausschusses für Familie, Senioren, Frauen und Jugend** möchte ich zunächst auf die Erhöhung des Etats um eine Milliarde Euro ab dem kommenden Jahr hinweisen. Der größte Teil davon, nämlich 5,3 Mrd. Euro, wird in Form des Elterngeldes ausgezahlt. Aufgrund der großen Nachfrage, aber auch wegen angestiegener Löhne und somit höherer Ansprüche wurde dieses Budget um 470 Mio. Euro angehoben.

Besonders gefreut hat mich, dass die finanziellen Probleme für den Fonds Heimkinder Ost gelöst werden konnten. Bei der Festlegung des Budgets hatte man der Einfachheit halber die Zahlen des Fonds Heimkinder West proportional der Gesamtbevölkerung auf den Osten übertragen. Dabei wurde nicht berücksichtigt, dass im Osten vergleichsweise weitaus mehr Kinder in Heimen untergebracht waren.

Die Mehrkosten werden in den nächsten Jahren durch nicht genutzte Mittel aus einem anderen Haushaltsposten ausgeglichen. Bislang haben über 13.000 ehemalige Heimkinder eine Hilfe aus dem Fonds beantragt. Abgeschlossen wurden 5.600 Vereinbarungen. Insgesamt betroffen sind aber gut 500.000 Menschen, die zwischen 1949 und 1990 in Heimen der DDR untergebracht waren.

Als ehemaliger Leiter eines katholischen Kinder- und Jugendheims liegt mir das Schicksal der ehemaligen Heimkinder besonders am Herzen. Es ist an dieser Stelle auch angebracht, dass es in vielen Heimen der ehemaligen DDR auch liebevolle Pflege und Unterstützung gab bzw. bei weitem nicht alle Heimkinder durch Erziehungskräfte sexuelle oder sonstige Gewalt erlitten.

Als besonders wirksames familienpolitisches Instrument hat sich das Kindergeld erwiesen. Dies hat eine Umfrage des Allensbach-Institutes im April dieses Jahres ergeben. 82 Prozent der Befragten haben sich positiv gegenüber dem Kindergeld geäußert. Mit dem Elterngeld Plus werden wir das erfolgreiche Elterngeld weiter ausbauen und verbessern.

Ein nicht zu unterschätzendes Problem stellt nach wie vor die beliebte Partydroge Crystal Meth dar. Die Modedroge, die Körper und Geist schwer und dauerhaft schädigt, breitet sich schnell immer weiter aus. Crystal Meth wird insbesondere auch in Brandenburg konsumiert. Dabei spielt die Droge, die vor allem in Tschechien produziert wird, nicht mehr allein auf Partys am Wochenende eine große Rolle. Zunehmend wird sie wegen ihrer leistungssteigernden Wirkung auch am Arbeitsplatz und in der Schule eingenommen. Auch immer mehr allein erziehende Mütter glauben, ihre Probleme unter Zuhilfenahme von Crystal besser bewältigen zu können. Zur Verhinderung von noch größeren Schäden hat die Erarbeitung einer Präventionsstrategie oberste Priorität. Allzu oft reagieren Jugendämter und Eltern hilflos oder schauen weg. Ich werde mich dafür einsetzen, dass das geplante Präventionsgesetz möglichst schnell umgesetzt wird. Ein flächendeckendes Angebot ist dringend erforderlich.

Sorgen bereitet jedoch weiterhin das so genannte Komasaufen, das besonders Jugendliche im Alter zwischen 18 und 25 Jahren fasziniert. Auch in diesem Fall müssen wir unsere Aufklärungsanstrengungen in den Schulen und außerschulischen Einrichtungen intensivieren. Vor allem gutes Vorleben ist nicht nur in diesem Fall die beste Präventionsmöglichkeit.

Auf der Agenda des Familienausschusses stehen nicht zuletzt die Themen Zwangsprostitution und Kinderpornographie. Der Fall Edathy hat uns deutlich vor Augen geführt, dass es hier Lücken in der Gesetzgebung zu schließen gilt. Um Prostitution wirksamer zu bekämpfen, soll das Mindestalter für legale Prostituierte auf 21 Jahre angehoben werden. Auch sollen menschenverachtende Praktiken wie Gang Bang oder Flatrates in Bordellen verboten werden.

Unter anderem bin ich auch zuständig für die Berichterstattung zu Demokratieerziehung. Ich konnte meine erste Rede im Deutschen Bundestag zu den Ergebnissen des NSU Untersuchungsausschusses halten und forderte darin u.a. die Zielgenauigkeit und Verstetigung der Bundesförderung für Demokratieerziehung und entsprechendes Bürgerschaftliches Engagement gegen jeglichen politischen Extremismus. Aber dazu müssen auch die Kommunen und Schulen weiterhin in der Pflicht bleiben.

Im Ausschuss für Menschenrechte und humanitäre Hilfe habe ich in wichtigen Themen meine Gedanken einfließen lassen. Die Vielfältigkeit der Aufgaben kann ich nur ansatzweise darlegen.

Mein Impuls zu dem VN-Untersuchungsbericht zu Menschenrechtsverletzungen in Nordkorea weitergehende Stellungnahmen abzugeben, entwickelte zu einer gemeinsamen Erklärung des Ausschusses für Menschenrechte und humanitäre Hilfe des Deutschen Bundestages, die die Forderung nach einer Aufarbeitung der Verbrechen in Nordkorea enthielt.

Die Flüchtlingsproblematik in Syrien ist ein brisantes Thema und wird immer wieder auf der Agenda des Ausschusses zu finden sein, solange es keine Lösung des Konfliktes in der Region dort gibt. Derzeit engagiert sich Deutschland in dieser Angelegenheit am stärksten von allen europäischen Ländern. Auch in den

Flüchtlingslagern vor Ort helfen wir mit 450 Millionen Euro. Es bleibt zu hoffen, dass andere Staaten sich anschließen.

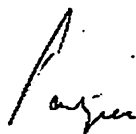
Zum Thema Menschenhandel und Zwangsprostitution gab es im Mai eine sehr gut besuchte öffentliche Anhörung des Menschenrechtsausschusses. Die dort angehörte Fachkompetenz soll uns die notwendige fachliche und neutrale Basis für eine Änderung in der Gesetzgebung geben.

Auch weitere Gesetzgebungsprozesse wurden in Gang gebracht. Im Mittelpunkt der Mitberatung zum Antrag der Fraktionen der CDU/CSU und SPD „20 Jahre nach Kairo: Bevölkerungspolitik im Kontext internationaler Entwicklungszusammenarbeit und der Post-2015-Agenda stand auch das Ziel ist, Mädchen, Frauen und Jugendliche weltweit in Ihrer Selbstbestimmtheit stärken zu wollen, mithin auch über den Bereich der Bildung und des soziales Engagement.

Im Unterausschuss „Bürgerschaftliches Engagement“ steht derzeit das erweiterte Führungszeugnis im Mittelpunkt. Hierzu haben bereits viele kontroverse Diskussionen stattgefunden. Mit der Einführung eines solchen Zeugnisses soll die Beschäftigung von einschlägig vorbestraften Bewerbern und Bewerberinnen in der Kinder- und Jugendarbeit verhindert werden und die Gefahr von Sexualstraftaten an Schutzbedürftigen vermindert werden. Nicht wenige Ehrenamtliche aber fühlen sich durch diese Forderung in anderen Lebensbereichen kontrolliert und damit demotiviert. Die Probleme, die kleine Vereine mit dem hohen Bürokratieaufwand und auch finanziellen Aufwand haben gilt es jetzt zu lösen. Auch muss geklärt werden, wer für die Kosten eines solchen Zeugnisses aufkommen muss. Nicht zuletzt müssen datenschutzrechtliche Bedenken ausgeräumt werden.

In meinem Wahlkreis 63 Frankfurt Oder-Oder Spree, suche ich neben der bekannten Bürger- und Wählerarbeit insbesondere das Gespräch mit eingeladenen Gruppen zu meinen Berichterstatter-Themen in den Ausschüssen. Öffentlichkeit und Wähler sollen bemerken, warum und wofür sie mich mit dem Direktmandat in den Bundestag schickten.

Ihr



Martin Patzelt, MdB

Kontakt im Deutschen Bundestag:

Tel.: 030/ 227-71440
Fax.: 030/ 227-76439
Email: martin.patzelt@bundestag.de
Homepage: www.martin-patzelt.de

Katherina Reiche, MdB
Mitglied der Landesgruppe

Direkt gewählte Bundestagsabgeordnete im Bundestagswahlkreis 61 – Potsdam/
Potsdam-Mittelmark II/ Teltow-Fläming II



Katherina Reiche MdB

- Mitglied des Deutschen Bundestages seit 1998
- Parlamentarische Staatssekretärin beim Bundesminister für Verkehr und digitale Infrastruktur seit 2013
- Mitglied in der Deutsch-Amerikanischen Parlamentariergruppe
- Mitglied in der Deutsch-Britischen Parlamentariergruppe
- Mitglied in der Deutsch-Südkaukasischen Parlamentariergruppe

Sehr geehrte Damen und Herren Delegierte,

die Ergebnisse der Europa- und Kommunalwahlen zeigen, dass die Wähler unsere politische Arbeit anerkennen. Wir dürfen uns auf diesen Ergebnissen jedoch nicht ausruhen. Vielmehr müssen wir jetzt analysieren, an welchen Stellen wir als CDU noch besser werden können. Es gilt, nicht auf die anderen Parteien zu schauen, sondern auf deren Wählerinnen und Wähler. Die nächste Herausforderung liegt mit der Landtagswahl am 14. September 2014 bereits unmittelbar vor uns.

Eines haben die Wahlen gezeigt: Wer sich für die Bürgerinnen und Bürger engagiert, wird am Ende belohnt. Dieser große Zuspruch ist für uns Auftrag, auch in den kommenden Jahren unsere erfolgreiche Arbeit für Wachstum, Wohlstand und Sicherheit im Interesse unseres Landes fortzusetzen. Insbesondere im Land Brandenburg ist einiges zu tun.

Nach der erfolgreichen Bundestagswahl habe ich in meiner neuen Funktion als Parlamentarische Staatssekretärin beim Bundesminister für Verkehr und digitale Infrastruktur schnell Verantwortung für ein sehr umfangreiches und hoch interessantes Aufgabengebiet übernommen.

Mehrere Projekte liegen mir dabei besonders am Herzen. Hier ist zuvorderst das zukunftssträchtige Thema „Elektromobilität“ zu nennen. Wir arbeiten mit Nachdruck daran, die Rahmenbedingungen dafür zu schaffen, dass mehr Elektrofahrzeuge auf unsere Straßen kommen. Das senkt Emissionen und verbessert die Umweltsituation.

Ich setze mich intensiv dafür ein, dass wir hier schnell die Rahmenbedingungen für

attraktive Anreize, wie die Mitnutzung von Busspuren oder reservierte Parkplätze für Elektrofahrzeuge schaffen. Hierzu werden wir in Kürze ein Elektromobilitäts-Gesetz auf den Weg bringen. Zusammen mit meinen Kolleginnen und Kollegen aus anderen Ministerien, der Privatwirtschaft und sehr engagierten Bürgerinnen und Bürgern verfolgen wir mit hohem Engagement das Ziel, dass sich Deutschland zu einem globalen Spitzenstandort der Elektromobilität entwickelt.

Doch „Elektromobilität“ geht weit aber über den Markthochlauf für Elektrofahrzeuge hinaus. Im „Internationalen Schaufenster der Elektromobilität Berlin-Brandenburg“ wird die große Bedeutung und Chance dieses Themas auch für unser Land sichtbar.

Neben der Förderung der Elektromobilität haben wir uns im Koalitionsvertrag u.a. das Ziel gesetzt, den Anteil des Fahrradverkehrs als umweltfreundliche und gesunde Mobilitätsalternative weiter zu steigern. Dafür stoßen wir vieles an! Ich freue mich sehr, dass wir die Förderung für den Radwegebau an Bundesstraßen um 20 auf nunmehr 80 Mio. € in 2014 erhöhen werden.

Eine Herzensangelegenheit ist mir die Stärkung der Radverkehrssicherheit. Wir werden die Infrastrukturplanung optimieren, damit sich Unfallschwerpunkte gar nicht erst bilden. Dort, wo sie bestehen, arbeiten wir an ihrer Beseitigung. Um schwere Kopfverletzungen zu vermeiden, möchte ich die Nutzung von Fahrradhelmen weiter erhöhen. Mit dem Nationalen Radverkehrsplan 2020 hat der Bund ein strategisches Grundsatzdokument vorgelegt, damit fahrradfreundliche Rahmenbedingungen geschaffen werden können und der Radverkehr noch sicherer und attraktiver wird.

Zu meinen Tätigkeitsbereichen zählen außerdem Fragen der Automobilwirtschaft und der allgemeinen Verkehrssicherheit. Hier bin ich an vielen Stellen aktiv. So möchten wir etwa schwere Abbiegeunfälle durch „LKW-Abbiegeassistent“ verhindern und haben zu diesem Zweck Experten zu einem regelmäßigen „Runden Tisch“ zusammengerufen, um die Entwicklung voranzutreiben.

Ein weiterer Schwerpunkt meines Engagements bildet der Komplex Luftfahrt. Dabei geht es mir u.a. darum, die deutsche Luftverkehrswirtschaft zu stärken, die Sicherheit weiter zu erhöhen und den Lärmschutz zum Wohle der Bürgerinnen und Bürger zu verbessern.

In meiner neuen Funktion im Ministerium für Verkehr und digitale Infrastruktur setze ich mich nachdrücklich für eine leistungsfähige Infrastruktur in Brandenburg ein. Unter anderem gilt es, Straßen und Brücken, sowie Wasserstraßen und Schleusen zu erhalten, zu modernisieren oder auszubauen.

Mit freundlichen Grüßen



Katherina Reiche, MdB

Kontakt im Deutschen Bundestag:

Tel.: 030/ 227-77603
Fax.: 030/ 227-76565
Email: katherina.reiche@bundestag.de
Homepage: www.katherina-reiche.de

Jana Schimke
Mitglied der Landesgruppe

Direkt gewählte Bundestagsabgeordnete Wahlkreis 62 - Dahme-Spreewald/ Teltow-Fläming III/ Oberspreewald-Lausitz I



Jana Schimke MdB

- Mitglied im Ausschuss für Arbeit und Soziales
- Stellv. Mitglied im Ausschuss für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung
- Vorstandsmitglied im Parlamentskreis Mittelstand der CDU/CSU-Bundestagsfraktion
- Mitglied in der Gruppe der Frauen, der Jungen Gruppe und der Kommission Aufbau Ost der CDU/CSU-Bundestagsfraktion
- Vorsitzende der Deutsch-Spanischen Parlamentariergruppe und Mitglied in der Deutsch-Australischen Parlamentariergruppe

Sehr geehrte Damen und Herren Delegierte,

seitdem die neue Bundesregierung ihre Arbeit aufgenommen hat und auch in unserer 9-köpfigen Landesgruppe die Aufgaben verteilt sind, ist viel geschehen. Persönlich freue ich mich sehr über das Vertrauen meiner Fraktionskollegen, die mich in den Vorstand des Parlamentskreis Mittelstand (PKM) gewählt und darüber hinaus zur Vorsitzenden der Deutsch-Spanischen-Parlamentariergruppe ernannt haben.



Der Vorstand des Parlamentskreis Mittelstand (PKM) der CDU/CSU- Bundestagsfraktion zu Gast bei der Bundeskanzlerin.
Foto: Bundesregierung, Guido Bergmann.

In beiden Gremien werde ich mich für eine zukunftsfähige Mittelstands-, Bildungs- und Arbeitsmarktpolitik einsetzen und den fachpolitischen Austausch zwischen Deutschland und Spanien weiter voranbringen.

Unserem Landesgruppenvorsitzenden, Michael Stübgen MdB, ist es darüber hinaus bei den Verhandlungen innerhalb der Fraktion gelungen, allen Mitgliedern der Landesgruppe wichtige Fachausschüsse zuzuweisen.

Als ordentliches Mitglied im Ausschuss für Arbeit und Soziales sowie stellvertretendes Mitglied im Ausschuss für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung stehen vor allem die Themen Fachkräftesicherung, die Zukunft der Arbeitswelt sowie unserer sozialen Sicherungssysteme als auch forschungs- und bildungspolitische Fragen im Vordergrund meiner Arbeit.

Kompromiss beim Rentenpaket und Verabschiedung

Gleich zu Beginn der Legislatur habe ich als Berichterstatterin für die Rente in den neuen Bundesländern die Inhalte des Rentenpakets mit verhandelt.

Meine grundsätzlichen Bedenken, insbesondere mit Blick auf die abschlagsfreie Rente mit 63, habe ich dabei nicht verschwiegen. Eine Zustimmung war deshalb nur möglich, da es Deutschland momentan wirtschaftlich so gut geht, wie seit über 20 Jahren nicht mehr.

Im Rahmen des parlamentarischen Verfahrens habe ich jedoch gemeinsam mit weiteren Kollegen der Fraktion mit den zur Verfügung stehenden Möglichkeiten angezeigt, dass ich grundsätzliche Bedenken an der Signalwirkung und insbesondere den Kosten des Rentenpakets habe, die den nachfolgenden Generationen aufgebürdet werden.

Das sog. Rentenpaket umfasst verschiedene Maßnahmen: die abschlagsfreie Rente mit 63 Jahren, die Mütterrente, die Verbesserung der Erwerbsminderungsrente, die Anhebung des Rehabilitationsbudgets sowie die Flexi-Rente.

Ab 1. Juli 2014 können zeitlich befristet Versicherte mit 45 Beitragsjahren ab 63 Jahre ohne Abschläge in Rente gehen. Auf die Wartezeit von 45 Jahren werden folgende Zeiten angerechnet:

- Pflichtbeiträge aus Beschäftigung, selbstständiger Tätigkeit und Pflege
- Zeiten der Kindererziehung
- Zeiten des Bezugs von Arbeitslosengeld I
- Bezugszeiten bestimmter Lohnersatzleistungen: Kurzarbeitergeld, Teilarbeitslosengeld, Leistungen bei beruflicher Weiterbildung und Insolvenzgeld
- Freiwillige Beiträge

In den Nachverhandlungen ist es bei der Anerkennung von Arbeitslosenzeiten gelungen, durch eine Stichtagsregelung Frühverrentungsanreize zu verhindern.

Ebenso wird mit der „Flexi-Rente“ das Arbeiten nach Erreichen der Regelaltersgrenze vereinfacht - ein Erfolg von CDU und CSU bei den Verhandlungen mit der SPD. Auch wird künftig nach weiteren Möglichkeiten für einen flexiblen Renteneintritt gesucht.

Mit der Mütterrente wird ein Wahlversprechen der Union eingelöst.

Mütter und Väter erhalten künftig für jedes vor 1992 geborene Kind ein zusätzliches Jahr Kinderziehungszeit in der Rente gutgeschrieben. Die Verbesserungen bei der Erwerbsminderungsrente betreffen unter anderem die Verlängerung der Zurechnungszeit von heute 60 Jahre auf das vollendete 62. Lebensjahr.

Des Weiteren werden die letzten vier Jahre vor Eintritt der Erwerbsminderung zukünftig nicht gezählt, wenn sie die Bewertung der Zurechnungszeit verringern. Diese Regelungen gelten

ab 1. Juli 2014 für Rentenzugänge. Das Rehabilitationsbudget wird vorübergehend über die Einführung einer Demografiekomponente angehoben. Der temporäre, demografisch bedingte finanzielle Mehrbedarf wird durch diese Komponente in Zukunft berücksichtigt.

Einführung eines gesetzlichen Mindestlohns

Ein weiteres aktuelles Vorhaben ist die Einführung eines gesetzlichen Mindestlohns in Deutschland. Zum Erfahrungsaustausch reiste ich dazu kürzlich mit meinen Ausschusskollegen nach England, wo bereits seit 1998 ein gesetzlicher Mindestlohn existiert.

Im Gespräch mit Parlamentsabgeordneten, Vertretern der Wirtschaft, Gewerkschaften sowie der „low pay commission“ erfuhren wir, wie sich der Mindestlohn auf die Wirtschaft und die Entwicklung am Arbeitsmarkt in England ausgewirkt hat. Diese Erkenntnisse bringen wir nun gemeinsam in die laufenden Verhandlungen zum Mindestlohn in Deutschland ein.

Zu beachten sind dabei insbesondere die Forderungen der ostdeutschen Abgeordneten der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, die sie in der „Potsdamer Erklärung“ niedergeschrieben haben.

So müsse der Mindestlohn die Besonderheiten des ostdeutschen Arbeitsmarktes mit einem niedrigeren Einkommens- und Lohnniveau sowie einer anderen Wirtschafts- und Branchenstruktur widerspiegeln. Anderenfalls droht der Verlust von Arbeitsplätzen.



Abgeordnete des Ausschusses für Arbeit und Soziales beim Deutschen Botschafter in London, Dr. Peter Ammon (4.v.l.).

Der Gesetzentwurf besteht aus drei Teilen:

- Öffnung des Arbeitnehmerentsendegesetzes (AEntG) für alle Branchen,
- Reform der Allgemeinverbindlich-Erklärung von Tarifverträgen im Tarifvertragsgesetz (TVG) sowie
- Einführung eines allgemeinen gesetzlichen Mindestlohns (Mindestlohngesetz – MiLoG)

Der Entwurf sieht die Einführung eines allgemeinen gesetzlichen Mindestlohns ab dem 1. Januar 2015 in Höhe von 8,50 Euro pro Stunde vor.

Der Mindestlohn soll für alle in Deutschland beschäftigten Arbeitnehmer gelten, wobei bisher folgende Ausnahmen vorgesehen sind:

- Jugendliche unter 18 Jahre ohne abgeschlossene Berufsausbildung
- Auszubildende
- Behinderte in Einrichtungen nach dem SGB IX
- Ehrenamtlich Tätige
- Verpflichtende Praktika sowie Orientierungspraktika bis zu 6 Wochen
- Langzeitarbeitslose in den ersten 6 Monaten ihrer Beschäftigung

Ebenso sieht der Gesetzentwurf eine Übergangsregelung für laufende Tarifverträge auf der Grundlage des Arbeitnehmer-Entsendegesetzes und des Arbeitnehmerüberlassungsgesetzes bis Ende 2016 vor. Eine Kommission, bestehend aus sechs stimmberechtigten Mitgliedern (jeweils drei Arbeitgeber- und drei Arbeitnehmervertreter), sollen jährlich und erstmals mit Wirkung zum 1. Januar 2018 den Mindestlohn festlegen.

Kompromiss über die Verwendung der „Bildungsmilliarden“

Im Ausschuss für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung konnte ein Kompromiss zur Verwendung der insgesamt 9 Milliarden Euro erzielt werden. 6 Milliarden Euro stehen für Betreuung und Bildung zur Verfügung sowie die restlichen 3 Milliarden Euro für Forschung. Im Bereich Bildung wird der Großteil der Mittel zur vollständigen Finanzierung des BAföG durch den Bund verwendet, was zu einer jährlichen Entlastung der Länder um 1,17 Milliarden Euro (brutto) führen wird. Weiteres wichtiges und künftiges Thema in diesem Ausschuss ist die Förderung und Stärkung der beruflichen Bildung, insbesondere im Hinblick auf die zunehmend steigende Studierendenzahl und den sich abzeichnenden Fachkräftemangel.

Ihre



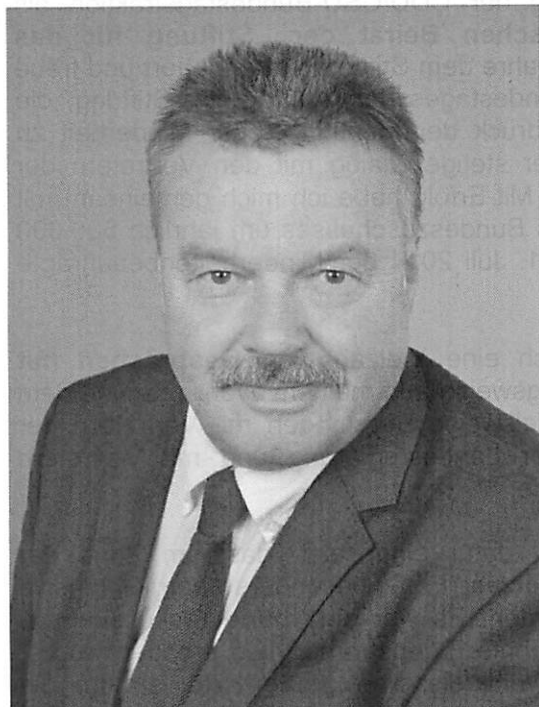
Jana Schimke, MdB

Kontakt im Deutschen Bundestag:

Tel: 030/ 227-73550
Fax: 030/ 227-76839
Email: jana.schimke@bundestag.de
Homepage: www.jana-schimke.de
Facebook: www.facebook.com/janaschimke

Dr. Klaus-Peter Schulze
Mitglied der Landesgruppe

Direkt gewählter Bundestagsabgeordneter im Wahlkreis 64 – Cottbus-Spree Neiße



Dr. Klaus-Peter Schulze MdB

- Mitglied im Ausschuss für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit
- Mitglied im Ausschuss für Tourismus
- Mitglied in der Arbeitsgemeinschaft Kommunalpolitik der CDU/CSU-Bundestagsfraktion
- Stellv. Mitglied im Parlamentarischen Beirat der „Stiftung für das Sorbische Volk“

Sehr geehrte Damen und Herren Delegierte,

Im Januar 2014 wurden die Ausschussmitgliedschaften bestimmt. Seitdem arbeite ich als ordentliches Mitglied sowohl im Ausschuss für Tourismus als auch im Ausschuss für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit.

Als promovierter Biologe und langjähriger Umweltdezernent des Landkreises Spree-Neiße kann ich meine Fachkenntnisse im Bereich der **Umweltpolitik** nutzen. Hier liegt mir die Nachnutzung der Tagebaugelände in der Lausitz, insbesondere aber das Thema Eisenoxidbelastung der Gewässer, sehr am Herzen. Mit der Neuordnung des Baubereichs zum Umweltausschuss gehört auch das Thema Stadtumbau zu meinen Aufgaben. In diesem Bereich habe ich als ehemaliger Spremberger Bürgermeister große Erfahrung sammeln können. Als Berichterstatter der CDU/CSU-Fraktion bin ich für alle Themen im Bereich Naturschutzprojekte und Artenschutz zuständig.

Die Arbeit im **Tourismusausschuss** wiederum hängt eng mit der regionalen Entwicklung der Lausitzer Seenlandschaft und des als Tourismusregion bereits gut etablierten Spreewaldes zusammen. Als Mitbegründer des Spremberger Fremdenverkehrsvereins und einstiger Verantwortlicher für die Umsetzung des Radwegekonzepts in Spree-Neiße ist mir dieser wichtige Wirtschaftszweig ebenfalls sehr vertraut. Hier habe ich für meine Fraktion die Berichterstattung im Bereich Tourismus und Naturschutz sowie zu grundsätzlichen Umweltfragen wie den Hochwasserschutz übernommen.

In der CDU/CSU-Bundestagsfraktion arbeite ich zudem in der **Arbeitsgemeinschaft Kommunalpolitik** mit, um die Erfahrungen aus der Zeit als Bürgermeister in die Arbeit auf Bundesebene einzubringen. Regelmäßig informiere ich mit einem Kommunal-Newsletter die Hauptverwaltungsbeamten in meinem Wahlkreis über aktuelle Entwicklungen auf Bundesebene, die für die Kommunen relevant sind.

Außerdem bin ich Mitglied in der **Kommission Aufbau Ost** der CDU/CSU-Bundestagsfraktion. Dies ist ein Zusammenschluss aller CDU-Bundestagsabgeordneten aus den neuen Ländern mit dem Ziel, die Belange Ostdeutschlands in der Arbeit der Fraktion sowie der Bundesregierung ausreichend zu berücksichtigen.

Am 13. Februar 2014 wurde ich auf Vorschlag der CDU/CSU-Bundestagsfraktion als stellvertretendes Mitglied in den **Parlamentarischen Beirat der „Stiftung für das sorbische Volk“** gewählt. Ich habe bereits lange Jahre dem Stiftungsrat angehört und freue mich, jetzt auch als Vertreter des Deutschen Bundestages den Auftrag der Stiftung, die sorbische Sprache, Kultur und Tradition als Ausdruck der Identität dieser Minderheit zu bewahren; mit erfüllen zu können. Besonders der stetige Dialog mit den Vertretern der Sorben und Wenden in der Lausitz ist mir wichtig. Mit Erfolg habe ich mich gemeinsam mit meiner sächsischen Kollegin für die Erhöhung des Bundeszuschusses um jährlich 500.000 Euro eingesetzt. Auf meine Initiative besucht am 1. Juli 2014 der Minderheitenbeauftragte der Bundesregierung die DOMOWINA in Cottbus.

Neben der Arbeit in den Ausschüssen habe ich eine Vielzahl von **Gesprächen mit Vertretern verschiedener Fachverbände** – vorzugsweise aus meinem Wahlkreis und dem Land Brandenburg geführt. Dazu gehörten beispielsweise Beratungen mit Vertretern der kommunalen Spitzenverbände, mit Vertretern der Landesregierung und mit Vertretern verschiedener Industrie-, Sozial- und Berufsverbände.

In den letzten Monaten habe ich mich intensiv dafür eingesetzt, dass im Zuge der **Neuausrichtung des Erneuerbare-Energien-Gesetzes (EEG)** besonders energieintensive Unternehmen von der Umlagezahlung befreit werden. Es war eine harte Diskussion, an deren Ende aber erreicht wurde, dass das sogenannte Eigenstromprivileg erhalten wurde, was besonders den Unternehmen in meinem Wahlkreis eine große Hilfe ist, um die Arbeitsplätze in der Region erhalten zu können.

Außerdem kämpfe ich dafür, dass bei der für diese Legislaturperiode geplanten **Neuordnung der Grundsteuer** künftig auch Windkraftanlagen und großflächige Solaranlagenparks einbezogen werden. Denn nur so kann erreicht werden, dass Gemeinden, in denen solche Anlagen betrieben werden, hiervon auch finanziell profitieren, was wiederum den Bürgern vor Ort zugutekommt.

Aktuell arbeitet die Bundesregierung daran, eine Länderöffnungsklausel für die Regelung der **Mindestabstände von Windkraftanlagen** zur Wohnbebauung im Baugesetzbuch zu verankern. Ich bin davon überzeugt, dass es den Ländern möglich sein muss, diese Abstände selbst festzulegen und damit die Akzeptanz der Windkraft in der von den Anlagen betroffenen Bevölkerung wiederherstellen und auf die Interessen der Menschen vor Ort besser eingehen zu können.

Auch die **Presse- und Öffentlichkeitsarbeit** ist ein wichtiger Bestandteil meiner Tätigkeit als Abgeordneter. Auf meiner Homepage www.klaus-peter-schulze.de sowie auf meiner Facebook-Seite www.facebook.com/schulzemdb informiere ich regelmäßig über meine Arbeit im Deutschen Bundestag sowie in meinem Wahlkreis Cottbus – Spree-Neiße. Seit meiner Wahl in den Bundestag habe ich mehr als 30 Pressemitteilungen veröffentlicht, die in zahlreichen Zeitungsbeiträgen berücksichtigt wurden. Künftig plane ich zudem einen regelmäßigen Newsletter herauszugeben.

Zahlreiche **Besucherguppen**, ob auf Einladung des Presse- und Informationsamtes der Bundesregierung (sog. BPA-Fahrten) oder individuell organisiert, habe ich bereits in Berlin begrüßen dürfen. Mir ist es wichtig, dass möglichst viele Bürger von dem Angebot Gebrauch machen können, sich in Berlin über die Arbeit des Deutschen Bundestages und seiner Abgeordneten informieren zu können. Mein Wahlkreisbüro in Cottbus übernimmt hierfür die Koordination und gibt gern Auskunft über die Besuchsmöglichkeiten.

Mit Übernahme meines Bundestagsmandats habe ich alle wichtigen Institutionen in meinem Wahlkreis Cottbus – Spree-Neiße besucht. So führte ich **Antrittsbesuche** bei allen

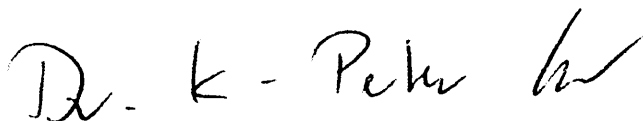
Bürgermeistern und Amtsdirektoren, bei den Landes- und Bundeseinrichtungen und bei zahlreichen Unternehmen, Gesundheits- und Sozialeinrichtungen sowie den Tourismusvereinen durch.

Da mir eine starke Präsenz in meinem Wahlkreis besonders am Herzen liegt, führe ich regelmäßig Bürgersprechstunden in meinen **Wahlkreisbüros** durch, die bisher sehr gut angenommen werden. Fragen zum Mindestlohn von Arbeitnehmern und Arbeitgebern, Fragen zur Lebensversicherung bis hin zu Problemen mit Behörden stehen im Fokus der Sprechstunden im Wahlkreis. Ich unterhalte sowohl in Cottbus (gemeinsam mit Michael Schierack MdL), als auch in Forst (Lausitz), Spremberg und Guben (gemeinsam mit Monika Schulz-Höpfner MdL) Büros, in denen meine Mitarbeiter vor Ort als Ansprechpartner zur Verfügung stehen.

Vom 17. bis 21. November 2014 wird in der Kreisverwaltung von Spree-Neiße in Forst (Lausitz) die **Wanderausstellung des Deutschen Bundestages** auf meine Einladung hin zu Gast sein.

Als direkt gewählter Abgeordneter ist es mir wichtig, weiterhin kommunalpolitisch verankert zu sein. Daher habe ich mich entschlossen, zur **Kommunalwahl** am 25. Mai 2014 für den Kreistag Spree-Neiße zu kandidieren. Mit 29,47 Prozent ging die CDU hier als klarer Sieger hervor und stellt als stärkste Kraft 15 von 50 Sitzen. Besonders gefreut hat mich das Ergebnis in meinem Wahlkreis Spremberg. Hier konnten die CDU sogar 39,99 Prozent und ich persönlich mit 7.142 Stimmen die meisten Stimmen aller Kandidaten und damit mehr als doppelt so viele Stimmen wie die gesamte SPD (3.269) erreichen.

Ihr



Dr. Klaus-Peter Schulze, MdB

Erreichbarkeiten:

	Berlin	Cottbus	Forst (Lausitz)	Spremberg	Guben
Anschrift	Platz der Republik 1 11011 Berlin	Am Turm 14 03046 Cottbus	Cottbuser Straße 29 03149 Forst (Lausitz)	Friedrichstraße 40 03130 Spremberg	Kirchstraße 24 03172 Guben
Telefon	(030) 227-74839	(0355) 38194-28	(03562) 6977-050	(03563) 60818-30	(03562) 6977-050
Fax	(030) 227-76839	(0355) 38194-36	(03562) 6977-051	(03563) 60818-31	(03562) 6977-051
E-Mail	klaus-peter.schulze@bundestag.de				
Ansprechpartner	Christiane Thieme Oliver Höhno	Patricia Herrmann Dr. Wolfgang Bialas Maria Marquardt	Ute Hanisch Julian Brüning	Simone Friedrich	Ute Hanisch

Sebastian Steineke
Mitglied der Landesgruppe

Direkt gewählter Bundestagsabgeordneter im Wahlkreis 56 – Prignitz, Ostprignitz-Ruppin und Havelland I



Sebastian Steineke MdB

- Mitglied im Ausschuss für Recht und Verbraucherschutz
- Stellv. Mitglied im Gesundheitsausschuss
- Mitglied im Richterwahlausschuss zur Besetzung der Richterposten beim: BGH, BVerwG, BFH, BSG, BAG,
- Mitglied der Arbeitsgemeinschaften Elbe und Kommunalpolitik der CDU/CSU-Bundestagsfraktion
- Mitglied der Kommission Aufbau Ost

Sehr geehrte Damen und Herren Delegierte,

seit Beginn dieser Legislaturperiode bin ich Mitglied des Ausschusses für Recht und Verbraucherschutz und des Richterwahlausschuss für die obersten Bundesgerichte.

Im Ausschuss bin ich als Berichterstatter für alle zivilprozessualen und registerrechtlichen Themen zuständig. Gerade die für Brandenburg wichtigen und maßgeblich von der Europäischen Union mitbestimmten Fragen des grenzüberschreitenden Rechtsverkehrs, stehen zurzeit im Mittelpunkt meiner Arbeit. Dabei sind sowohl die Interessen der Unternehmen als auch der Verbraucherinnen und Verbraucher miteinander in Einklang zu bringen.

Die Modernisierung der deutschen Justiz ist ebenfalls ein zentrales Thema meiner Arbeit im Ausschuss.

Wir haben uns zum Ziel gesetzt, dass der Zivilprozess bürgernäher und effizienter werden soll. Dazu sollen die Länder die Möglichkeit erhalten, spezialisierte Spruchkörper einzurichten, beispielsweise für Bauprozesse. Hierdurch wollen wir das Fachwissen für diese oft komplexe Materie erhöhen.

Ein weiteres wichtiges Vorhaben ist die Verbesserung der Qualität und Unabhängigkeit von Gutachten in den Gerichtsprozessen. Besonders in familienrechtlichen Verfahren besteht hier ein erheblicher Handlungsbedarf. Gerichtliche Sachverständige haben oft entscheidenden Einfluss auf den Ausgang der Verfahren und fehlerhafte Gutachten können schwerwiegende Konsequenzen nach sich ziehen.

Zu einer modernen Justiz gehört aber insbesondere auch die Fortentwicklung des elektronischen Rechtsverkehrs. Dies darf aber kein reiner Selbstzweck sein, letztendlich muss es auch für die Bürgerinnen und Bürger einen echten Mehrwert geben. Bisher erfolgt der Kontakt mit den Gerichten noch fast ausschließlich in Papierform; mit der Eröffnung des elektronischen Rechtsverkehrs bietet sich für die Justiz nun die Chance für eine zeitgemäße und unkomplizierte Kommunikation mit den Bürgern, Anwälten und Unternehmen.

In den ersten Monaten der neuen Legislaturperiode haben wir bereits einige rechtspolitische Vorhaben des Koalitionsvertrages wie z. B. die Neuregelung der Abgeordnetenbestechung, auf den Weg gebracht.

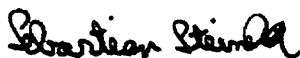
Bei weiteren Themen wie der geplanten Mietpreisbremse oder den Änderungen des Insolvenzrechts sind wir noch intensiv in der Diskussion mit dem Bundesminister für Justiz und Verbraucherschutz.

Durch die sinnvolle Erweiterung der Aufgaben des Rechtsausschusses auch auf den Verbraucherschutz, hat sich das Themenspektrum der Ausschussarbeit im Vergleich zu den vorherigen Legislaturperioden noch einmal deutlich ausgeweitet.

Nunmehr obliegt uns auch die Zuständigkeit für alle verbraucherpolitischen Fragen mit Ausnahme des Lebensmittelrechts. Viele neue spannende Fragestellungen wie z. B. im Bereich der Überwachung der Finanzdienstleistungen haben sich bereits in den ersten Monaten ergeben. Dabei suche ich auch das Gespräch mit der Verbraucherzentrale Brandenburg.

Wenn Sie zu den Themen Fragen oder Anregungen haben, sprechen Sie mich gerne an.

Ihr



Sebastian Steineke, MdB

Kontakt im Deutschen Bundestag:

Tel.: 030/ 227-71823
Fax: 030/ 227-76823
Email: sebastian.steineke@bundestag.de
Homepage: www.sebastian-steineke.de